Das aufgesetzte Parken beschäftigt in Bremen weiterhin Behörden, Anwohner und Experten – in Leipzig steht ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts bevor. FOTO: ROLAND SCHEITZ

Aufgesetztes Parken bleibt umstritten

Wie das neue Konzept der Bremer Behörden bei Anwohnern und Betroffenen ankommt

VON FELIX WENDLER

Bremen. Der Plan ist da, die Umsetzung steht noch aus: Innensenator Ulrich Mäurer und Verkehrssenatorin Özlem Ünsal (beide SPD) wollen gegen das aufgesetzte Parken vorgehen. Wie berichtet, soll zunächst die Rettungssicherheit in besonders belasteten Wohnstraßen sichergestellt werden – anschließend wollen die Behörden Lösungen für andere betroffene Ortsteile erarbeiten. Kritiker sehen die Ankündigungen skeptisch, während andere Anwohner um ihre Parkplätze bangen. Eine wegweisende Entscheidung wird im kommenden Jahr außerhalb Bremens fallen.

Wie ist die Ausgangslage?
Das aufgesetzte Parken ist illegal, wird aber seit Jahrzehnten praktiziert und geduldet. Anwohner aus der Östlichen Vorstadt, der Neustadt und Findorff hatten dagegen geklagt. Das Verwaltungs- und das Oberverwaltungsgericht (OVG) urteilten, dass Bremen gegen die Praxis vorgehen müsse. Dabei räumte das OVG den Behörden aber einen recht großen Ermessensspielraum ein, weshalb die Kläger vor das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gezogen sind. Am 6. Juni 2024 findet dort die Verhandlung statt, die deutschlandweit Beachtung finden wird – das Urteil könnte zahlreiche Kommunen, in denen das Gehwegparken verbreitet ist, unter Zugzwang setzen.

Was plant Bremen?
Ganz oben auf der Liste stehen 13 Straßen in der Östlichen Vorstadt und in Mitte. „Es muss vermieden werden, dass sich die Feuerwehr bei Alarmfahrten mit ihren großen, schweren Löschfahrzeugen erst Platz verschaffen muss, um den jeweiligen Einsatzort zu erreichen“, so Mäurer. Für zehn weitere Straßen in den gleichen Ortsteilen sollen ebenfalls kurzfristig Lösungen erarbeitet werden, um die Rettungssicherheit zu gewährleisten. Dann folgen, so der Plan, die Straßen in Findorff, der Neustadt und anderen betroffenen Ortsteilen. Straßennamen nennt die Verkehrsbehörde nicht.

Wie sieht der Zeitplan aus?
Bis Ende November sollen die Anwohner der ersten 13 Straßen informiert werden. Falschparker erhalten zunächst eine gelbe Karte, nach zwei Wochen können dann Bußgelder fällig werden oder die Fahrzeuge notfalls auch abgeschleppt werden. Die Behörden wollen auch das Gespräch mit den Beiräten suchen. Bislang sei das noch nicht geschehen, sagt Carola Schirmer (Grüne), Sprecherin des Beirats Östliche Vorstadt.

Wie reagieren die Kläger?
Pläne und Ankündigungen habe es in den vergangenen Jahren viele gegeben, sagt Mitkläger Wolfgang Köhler-Naumann. Was fehle, seien sichtbare Ergebnisse. Köhler-Naumann vermutet, dass es bis dahin noch dauern werde. Unter anderem die Beteiligung der Beiräte könne sich hinziehen. Die Behörden hätten „unter dem Druck der Klage erste Schritte gemacht“, sagt Hubertus Baumeister, ein weiterer Kläger. Das sei ein guter Beginn für Bremen, ändere aber nichts an seiner Haltung: „Der Gehweg muss zukünftig frei bleiben.“

Wie ist die Stimmung bei den Anwohnern?
Die einen sorgen sich um ihre Parkplätze, die anderen wollen mehr Platz und Sicherheit auf den Fußwegen – viele Anwohner hätten am liebsten beides. So ist das Stimmungsbild in vielen betroffenen Straßen. Auch im Beirat gebe es unterschiedliche Meinungen, sagt Schirmer, die im Viertel wohnt. Sie selbst findet: „Wir haben ein Grundsatzproblem.“ Autos würden größer und mehr, obwohl doch gerade im Viertel viele Menschen nicht auf das Auto angewiesen seien.

Wo könnten Anwohner zukünftig parken?
Der Wegfall von Parkplätzen könnte zu einem höheren Andrang in den Parkhäusern und Garagen der Brepark führen. Einer Sprecherin zufolge sind die Quartiersgaragen im Viertel bereits jetzt voll ausgelastet. Trotzdem sieht die Brepark sich gut aufgestellt und verweist zum Beispiel auf das Parkhaus Ostertor-Kulturmeile. „Wir beobachten die Situation genau, um angemessene Maßnahmen zu ergreifen“, so die Sprecherin. Schon länger wird zudem über den Bau neuer Quartiersgaragen diskutiert, für die sich vor allem CDU und FDP wiederholt ausgesprochen haben. Man stehe im Austausch mit der Verkehrssenatorin, um potenzielle Standorte zu identifizieren, teilt die Brepark mit.

Was wünschen sich Behindertenvertreter?
Kai Steuck, Stellvertreter des Landesbehindertenbeauftragten Arne Frankenstein, bekräftigt die Forderung nach einer Mindestgehwegbreite von 1,8 Metern. Von den Behörden erhofft er sich, dass sie bei der Neugestaltung des Parkraums auf die Expertise der Behindertenvertreter zurückgreifen.

Opfer können mutmaßlichen Antänzer nicht belasten

Warum es vor Gericht schwer sein kann, einem Angeklagten seine Taten nachzuweisen

VON RALF MICHEL

Bremen. Was bringt einen jungen Marokkaner dazu, nach Deutschland zu kommen und in Bremen Menschen auszurauben? Antworten auf diese Frage gab am Mittwoch ein Prozess vor dem Landgericht, wo wegen schweren Raubes gegen einen 22-jährigen Antänzer verhandelt wird. Und auch die Antwort auf eine weitere Frage zeichnete sich an diesem Verhandlungstag geradezu exemplarisch ab: Warum ist es so schwer, ihm diese Taten nachzuweisen?

Kindheit und Jugend des Angeklagten in Marokko waren geprägt von Armut und einem Leben auf der Straße, berichtet der Facharzt für Psychiatrie, der den 22-Jährigen untersucht hat. Sechs Jahre ist er zur Schule gegangen, einen Abschluss hat er nicht. „Er kann etwas Arabisch und etwas Französisch lesen und schreiben“, fasst der Sachverständige die Schulbildung des Angeklagten zusammen. Seit seinem zwölften Lebensjahr nahm er Drogen und Tabletten, um seine Sorgen und Ängste zu verdrängen. Sich das Geld dafür zu besorgen, wurde zum alleinigen Lebenszweck.

Körperliche Auseinandersetzungen auf der Straße gehörten von frühester Kindheit an zum Alltag des Angeklagten, ebenso Gewalterfahrungen mit der marokkanischen Polizei. Mit 15 dann die Flucht nach Europa. Per Schiff, versteckt in einem Lkw. Zunächst nach Spanien, dann nach Frankreich, Italien und über die Schweiz schließlich nach Deutschland. Entwaffnend ehrlich die Antwort nach dem Warum: „Das Leben in Europa ist deutlich leichter.“ Was auch für die Beschaffung von Cannabis und Tabletten gilt. Das ist wichtig für den Angeklagten, denn dessen Konsum steigt und damit auch der Druck, Geld dafür beschaffen zu müssen. In Bremen hat er laut Staatsanwaltschaft mehrere Straftaten begangen, zumeist gemeinsam mit einem Komplizen. Antanzdiebstähle sind darunter, ein Ladendiebstahl, Ketten, die den Opfern vom Hals gerissen wurden. Von Schlägen gegen die Brust ist in der Anklageschrift die Rede, von einer Frau, die zu Boden gestoßen wurde, von Pfefferspray und einem Messer, mit dem ein Opfer an der Hand verletzt wurde.

Um dem Angeklagten diese Taten nachzuweisen, vernimmt das Gericht Zeugen. Am Mittwoch waren es zwei der Opfer. Die Täter hätten sie und ihre Freundin sexuell belästigt – „die haben uns angetatscht, das war einfach eklig“ – erzählt eine 22-Jährige. Es habe eine Rangelei gegeben, eine Kette wurde vom Hals gerissen. Sie sei dann noch hinterhergelaufen und habe einen der Männer gestellt. Doch der habe sie zu Boden geschubst und sei dann entkommen. An das Aussehen der Täter habe sie keine Erinnerung, außerdem ohnehin Gedächtnislücken. „Ich hatte getrunken und gekifft.“ Als die Polizei die Frau am nächsten Morgen für ihre Aussage aufsuchte, lag deutlich vernehmbar Marihuana-Geruch in der Luft, berichtet einer der Beamten. Ein Mann, der bei dem Vorfall in der Nacht zuvor dabei war, sei äußerst aggressiv gewesen. Er spreche nicht mit der Polizei und überhaupt – er wolle jetzt schlafen, sie sollten später wiederkommen.

Der Angeklagte wird in Handschellen in den Gerichtssaal geführt. FOTO: RALF MICHEL

Auch der nächste Zeuge, Opfer eines Antanzdiebstahls, erzählt, dass er bei dem Überfall betrunken war. Wodka, wie viel könne er nicht sagen. Dass ihm der Täter die Kette vom Hals riss, habe er zunächst gar nicht bemerkt. Dass der Zeuge vor Gericht mithilfe einer Russischdolmetscherin vernommen werden muss, macht die Aufklärung der Tat nicht einfacher.

Verteidiger legen nach

Betrunken, bekifft, Gedächtnislücken ...? Zeugen, wie gemalt für die Verteidigung. Ihr Mandant ist schuldig, das bestreiten auch sie nicht. Aber was kann man ihm wirklich nachweisen? Entsprechend legen die Anwälte nach: Die Weste, in deren Tasche die Polizei ein Messer gefunden hat, gehöre nicht dem 22-Jährigen. Er habe die Weste eines Freundes angezogen, ohne das Messer zu bemerken. Und er habe die Frau auch keineswegs gestoßen, sondern lediglich eine Handbewegung in ihre Richtung gemacht. Der sei sie ausgewichen und dabei gestolpert. Dem außenstehenden Betrachter mag das wie hanebüchener Unsinn erscheinen, doch das Gericht muss dem nachgehen. Am 16. Oktober, dem nächsten Prozesstag.

Besonders schwerer Raub

Wegen besonders schweren Raubes und einer Reihe weiterer Straftaten muss sich ab 6. Oktober ein 26-Jähriger vor dem Landgericht verantworten. Unter anderem soll er zusammen mit einem Komplizen in zwei Fällen seinen Opfern ein Smartphone und ein Portemonnaie gestohlen haben. Die Vorgehensweise des mutmaßlichen Täters hierbei klingt nach sogenannten Antanzdiebstählen. Die meisten der Taten, für die er ab Freitag vor Gericht steht, gehen aber deutlich über den für diese Masche üblichen Trickdiebstahl hinaus. So wurde im Februar dieses Jahres einer Frau unvermittelt Pfefferspray ins Gesicht gesprüht und dann ihre Handtasche entrissen. Im April soll er einem Mann von hinten eine Goldkette entrissen haben, im Mai traf es eine Frau an einer Haltestelle der BSAG. Auch ihr wurde eine Kette vom Hals gerissen. Die Frau fiel bei dem Angriff zu Boden und zog sich Schürfwunden zu. Neben den Raubdelikten werden dem 26-Jährigen noch mehrere Diebstähle aus Geschäften in der Bremer Innenstadt vorgeworfen. MIC

Es gibt an den Menschen mehr zu lieben als zu verachten.
ALBERT CAMUS (1913–1960)

FDP will weniger Bauvorschriften

Positionspapier beschlossen

VON JÜRGEN THEINER

Die Freien Demokraten wollen den Dschungel an Bauvorschriften lichten, um den Bau von Mietwohnungen und Eigenheimen zu vereinfachen und kostengünstiger zu machen. Das ist der Kern eines Positionspapiers, das die FDP-Bürgerschaftsfraktion vor wenigen Tagen bei einer Klausurtagung in Berlin beschlossen hat.

Die Liberalen gehen davon aus, dass die von der Bundesregierung deutschlandweit angestrebten 400.000 Wohnungsneubauten pro Jahr gegenwärtig ebenso unrealistisch sind wie die 10.000 Einheiten bis 2027, die vom Senat für Bremen und Bremerhaven angepeilt werden. Neben massiv gestiegenen Zinsen, Materialengpässen und fortschreitendem Fachkräftemangel sei die stetige Zunahme von Bauvorschriften ein Hemmnis für die Bauwirtschaft. Die Anzahl dieser Bestimmungen habe sich in den vergangenen 20 Jahren auf etwa 20.000 vervierfacht. Die geforderten Standards, insbesondere im energetischen Bereich trieben die Kosten derart in die Höhe, dass sich selbst Familien mit überdurchschnittlichem Einkommen ein Eigenheim kaum noch leisten könnten. Der Bau von Wohnungen für den Niedrigmietsektor sei sogar schlichtweg unmöglich geworden. Ähnliche Folgen hätten die umfangreichen Sanierungsgebote für Bestandsimmobilien. Auch sie überforderten die finanziellen Möglichkeiten vieler Eigentümer.

Die Bremer Liberalen haben vor diesem Hintergrund Forderungen an den Bund und die EU, sehen aber auch Handlungsspielräume auf Landesebene. Erstere sollten die Vorschriften zu Dämmung, Schallschutz, Fotovoltaik-Einsatz und energetischer Sanierung reduzieren. Begründung: „Der ganz überwiegende Teil der Eigentümer führt die energetisch notwendigen Sanierungen, die in Hinblick auf Investition und Effekt sinnvoll sind, bereits jetzt freiwillig durch.“ Bauvorschriften des Landes, die über das Bundes- beziehungsweise EU-Niveau hinausgehen, seien zu streichen. Um die Bautätigkeit anzuregen, hält die FDP auch eine Senkung der Nebenkosten für sinnvoll, unter anderem bei der Grunderwerbssteuer. Für das erste selbst genutzte Eigenheim mit einem Wert von bis zu 500.000 Euro sollte sie halbiert werden.

83-Jähriger von Zug erfasst

Tödlicher Unfall in Huchting

Bremen. Ein 83-jähriger Fahrradfahrer ist auf einem Bahnübergang in Huchting von einer Nordwestbahn erfasst und tödlich verletzt worden. Nach ersten Ermittlungen der Polizei Bremen und der Bundespolizeiinspektion Bremen ereignete sich der Unfall am Mittwochmorgen um kurz nach 10 Uhr.

Warum der Mann aus Delmenhorst den Bahnübergang des Ortkampsweges trotz geschlossener Halbschranken und Rotlicht überquerte, ist noch unklar, so die Beamten weiter. Die Nordwestbahn war mit rund 140 Kilometern pro Stunde auf der Fahrt von Bremen Richtung Oldenburg. Die 41-jährige Triebfahrzeugführerin konnte den Mann wegen eines Technikhäuschens am Bahnübergang erst kurz vorher erkennen.

Trotz einer Vollbremsung kam der Zug betriebsbedingt nach rund 400 Metern vor dem nächsten Bahnübergang an der Brokhuchtinger Landstraße zum Stehen. Sie erlitt einen Schock und musste abgelöst werden. Im Zug befanden sich 31 Fahrgäste. Von diesen wurde niemand verletzt. Die zweigleisige Strecke musste bis 12:53 Uhr gesperrt werden. Es verspäteten sich zahlreiche Züge. JFJ